- Genehmigungsverfahren müssen verkürzt werden.
- Es bedarf einer echten Gesetzesfolgen- Abschätzung.
- Es muss ein Deregulierungs- Enforcement bei Bundesregierung und Bundestag geben.
- Staatliche Bürokratiekosten müssen den Unternehmen erstattet werden.
- Der Bürokratieabbau gilt auch für Länder, Kommunen und die europäische Union.

Bildungspolitik

Wettbewerb und Autonomie herstellen!

- Ziel ist das Aufbrechen des staatlichen Bildungsmonopols. Bildungseinrichtungen müssen mehr Rechte aber auch Pflichten erhalten.
- Schulen und Hochschulen müssen wie Unternehmen auf dem Bildungsmarkt agieren können.
- Bildungsstandards und Ergebniskontrolle müssen eingeführt und Mindestanforderungen definiert werden.
- Wenn überhaupt, so ist nicht das Angebot an Bildungsleistungen, sondern die Nachfrage danach öffentlich zu finanzieren.
- Ein größerer Teil er Bildungseinrichtungen ist privat zu finanzieren. An Hochschulen müssen Studiengebühren eingeführt werden.
- Der Beamtenstatus muss für zukünftige Lehrer abgeschafft, die leistungsfeindliche Entlohnung nach dem Senioritätsprinzip auf leitungsorientierte Prämien umgestellt und die Lehrerausbildung praxisorientierter gestaltet werden.

Das Steuer herumreißen

Mittelstand jetzt!

Wie können die Investitionen als Schlüssel zum Erfolg wiederbelebt und der Sozialkonsum zurückgedrängt werden? Wie kann diese Initialzündung in neue Arbeitsplätze, mehr Einkommen und mehr Konsum umgesetzt werden? Wie lässt sich die Innovationsfähigkeit wiederherstellen? Kurzum: Wie kann in Deutschland wieder wirtschaftliche Dynamik entstehen?

Antworten darauf kann nur ein Gesamtkonzept für die vier wichtigsten Politikbereiche Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Steuerpolitik und Bildungspolitik geben. Hinzukommen muss ein systematischer Bürokratieabbau.

Das Arbeiten auf einer Baustelle allein reicht nicht. Erst wenn das brüchig gewordene Fundament unserer Volkswirtschaft gleichzeitig an vielen Stellen in Ordnung gebracht wird, hat Deutschland die Chance, wieder in die Champions League aufzusteigen.

Der mittelständischen Wirtschaft fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. Ohne einen leistungsstarken Mittelstand kann Deutschland nicht wieder auf ein festes Fundament gestellt werden. Das mit den Kölner Leitsätzen beschlossene Programm der MIT ist Mittelstandspolitik im besten Sinne des Wortes.

Neuauflage 2007

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU NRW

www.mit-nrw.de

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen

Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon 02 11 / 136 00-43 /-44 /-45
Telefax 02 11 / 136 00-42

info@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

Redaktion
Klaus Gravemann (verantwortlich)
Stefan Simmnacher

Möchten auch Sie Mitglied unserer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung werden? Wir senden Ihnen gerne Informationsmaterialien zu.

Oder wenden Sie sich an unsere Gliederung bei Ihnen vor Ort:

Die Kölner Leitsätze im Überblick

Wofür wir stehen!

Freiheit und Verantwortung – Zukunft für Deutschland

Wie in Deutschland wieder wirtschaftliche Dynamik entsteht

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU NRW

www.mit-nrw.de

Einleitung

Unsere Grundlagen und Erfolge betonen!

Liebe Freunde der nordrhein-westfälischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung,

im Juli 2003 formulierte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU auf Ihrem Bundeskongress in Köln eine Agenda, die für die damalige Zeit revolutionär erschien. Wir setzen uns die Umsetzung der „Kölner Leitsätze" zum Ziel, die anspruchsvoll und verantwortlich die großen Herausforderungen für unseren Staat, unsere Wirtschaft und unsere Sozialsysteme beschrieben und Grundlinien des Handelns vorgaben. 2005 konkretisierten wir unsere Vorstellungen in einer Fortschreibung der „Kölner Leitsätze".

Viele Inhalte dieser Positionsbestimmungen gingen anschließend in die so genannten „Leipziger Beschlüsse" der CDU mit ein. Viele Inhalte konnten wir auch nach unserer Übernahme der Regierungsführung in Berlin und in Düsseldorf schon ganz konkret umsetzen oder zumindest auf den Weg bringen. Ich möchte einige nennen:

- Wir haben der SPD eine weitgehend mittelstandsfreundliche Unternehmensteuerreform abgerungen.
- Wir haben einen ersten Schritt zur Abkoppelung der Gesundheitskosten vom Faktor Arbeit erreicht.
- Wir haben eine längere Lebensarbeitszeit erreicht, die Möglichkeiten der Frühverrentung beschnitten und es gab ein Umsteuern, weg von immer weiteren Verkürzungen der Wochenarbeitszeit.
- Wir haben mit Einführung des Normenkontrollrates den Prozess Bürokratieabbau institutionalisiert und strukturiert. In NRW wird endlich eine Verwaltungsstrukturreform angegangen.
- Wir haben in NRW zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen Studienbeiträge eingeführt und den Universitäten mit dem Hochschulfreiheitsgesetz größere Freiheit gegeben.
- Wir haben in NRW wichtige Schritte zur Reduktion von unnötiger Mitbestimmung und Regulierung unternommen. Ich nenne das überholte Personalvertretungsgesetz und das Tariftreuegesetz.

Trotz all dieser ersten Erfolge ist es wichtig, zu wissen, wie unser Gesamtkonzept aussah und aussieht. Die „Kölner Leistsätze" von 2003 sind so etwas wie der Index der politischen Ziele der MIT. Sie geben den MIT-Mitgliedern und Interessenten an unserer Politik eine Richtschnur vor, wo wir stehen und wo wir hinwollen.

Deswegen haben wir heute – Anfang 2007 – noch einmal die wichtigsten Eckpunkte neu aufgelegt. Angesichts der großen Ziele, die wir uns dort stellten, werden diese Themen noch viele Jahre lang unser Handeln bestimmen.

Ihr

Hartmut Schauerte MdB
Landesvorsitzender

Arbeitsmarkt

Wachstumsbremse Nummer Eins lösen!

- Die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten müssen verlängert werden. Die diversen Frühverrentungspfade sind zu blockieren. Nur so wird Deutschland wieder wettbewerbsfähig.
- Um Wiedereinstellungen und damit Outsider zu fördern, muss das individuelle Arbeitsrecht Kündigungen erleichtern und den Bestandsschutz für Insider vermindern.
- Das Kündigungsrecht der Privatwirtschaft ist zeit- und wirkungsgleich auf den öffentlichen Dienst zu übertragen.
- Das kollektive Arbeits- und Mitbestimmungsrecht muss neu ausgerichtet werden: Beschäftigungssicherung und Beschäftigung von Arbeitssuchenden hat Vorrang vor der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für bereits Beschäftigte.
- Die Transfers bei Arbeitslosigkeit müssen konditional an bezahlte, auch niedriger entlohnte Beschäftigung geknüpft werden.

Sozialsysteme

Vor dem Kollaps retten!

- Die soziale Sicherung muss vom Arbeitsverhältnis entkoppelt werden. Zugleich brauchen wir mehr private Vorsorge. Nur so wird der Teufelskreis von steigenden Sozialleistungen und Arbeitslosigkeit durchbrochen.
- Das Grundprinzip muss eine Versicherungspflicht statt einer solidarischen Pflichtversicherung sein.
- Die kollektive Bürgerversicherung ist ein Irrweg. Der gesetzliche Versicherungsschutz wird zugunsten von mehr Eigenverantwortung und Selbstvorsorge reduziert.
- Langfristig kann die anhaltende Lastverschiebung auf die Jungen nur durch einen Umstieg von der Umlagefinanzierung auf die Kapitaldeckung unterbunden werden.
- Der Wettbewerb ist auf allen Ebenen zu stärken. Es gibt keinen wirksameren und preiswerteren „Kontrolleur" von Kosten und Leistungen als den Wettbewerb.

Steuerpolitik

Lasten senken – Mittelstand fair behandeln!

- Die Steuerbelastung wird auf ein international konkurrenzfähiges Niveau gesenkt, um Deutschland für Investoren und hoch qualifizierte Arbeitnehmer aus aller Welt attraktiv zu machen.
- Die Steuersätze werden drastisch gesenkt. Gleichzeitig wird die steuerliche Bemessungsgrundlage verbreitert. Ausnahmetatbestände werden abgeschafft.
- Es verbleibt eine Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen, die durch eine Reduktion der konsumtiven Staatsaufgaben finanziert wird.
- Eine drastische Vereinfachung der Einkommen- und Körperschaftsteuer führt zu höherer Transparenz, Akzeptanz und größerer marktwirtschaftlicher Effizienz des Steuersystems. Dies steigert seine Ergiebigkeit.
- Die Bildung von und der Zugang zu Eigenkapital muss auch wegen der Herausforderungen von Basel II für mittelständische Unternehmen gestärkt werden.

Bürokratie

Endlich wieder Luft zum Atmen schaffen!

- Vorschriften müssen auf den Prüfstand und der Bestand muss verringert werden.
- Wer künftig ein Gesetz plant, muss zwei zur Abschaffung vorschlagen.
- Gesetze müssen grundsätzlich befristet, Verordnungen begrenzt werden.